Aus der Stadtratssitzung vom 24.11.2025

Die Haushaltsrede unseres Fraktionsvorsitzenden Stefan Glander

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, geehrter Stadtvorstand,

der Haushaltsentwurf für 2026 schließt mit einem Defizit in Höhe von 34,5 Mio. Euro.

„Das Landesrecht Rheinland-Pfalz belastet die Kommunen auf Grund seiner Ausführungsgesetze überdurchschnittlich stark. Diese Regelungen übersteigen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Kaiserslautern“, steht es dazu im Vorbericht.

An der Eingliederungshilfe zeigt sich beispielhaft die Problematik für unsere Stadt: im Vergleich zu den Kosten in eigener Zuständigkeit führen die Ausführungsgesetze zu den Kostenbeteiligungen an den Aufwendungen des Landes zu einem fast dreifach so hohen Aufwand. Und die Steigerungen in den kommenden Jahren werden diese Kosten immer weiter in die Höhe treiben.

Zur aktuellen Situation des Kommunalen Finanzausgleichs, der ja nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz die finanzielle Situation der Kommunen verbessern soll, lässt sich feststellen: In den Teilhaushalten Jugend und Sport sowie Soziales verbleiben trotz Kostenerstattungen immer noch ungedeckte Auszahlungen in Höhe von 43,7 Mio. Euro.

Weiterhin belastet der Wegfall der Zahlungen aus dem Kommunalen Entschuldungs-Fond in Höhe von 16,8 Mio. Euro den Haushalt der Stadt, dazu kommt noch das Ende des Zinssicherungsschirms in Höhe von 1,4 Mio. Euro, die fehlenden Zuwendungen aus dem Stabilisierungs- und Abbaubonus von 1,7 Mio. Euro und geringer geplante Zuweisungen des Landes von 5,3 Mio. Euro. Ebenso wirkt sich der Mindest-Rückführungsbetrag aus der Entschuldung in Höhe von 4,4 Mio. Euro negativ auf das Ergebnis aus. Dies entspricht jährlich fast 30 Mio. Euro, die unserer Stadt fehlen.

Es zeigt sich, dass trotz Übernahme eines Großteils der Liquiditätskredite durch das Land der gewünschte Effekt, nachhaltig die Liquiditätskreditverschuldung abzubauen, nicht eintreten wird. Vielmehr ist hier ein gravierender Anstieg zu verzeichnen, der uns in wenigen Jahren wieder auf den alten Schuldenstand führen wird.

Allein die Zinsbelastung wird von 11,4 Mio. Euro für 2024 auf rund 21 Mio. Euro in 2029 steigen. Geld, das für wichtige Zukunftsaufgaben fehlen wird, weil die Landesregierung hier komplett versagt.

Im Jahr 2029 ergibt sich laut aktueller Haushaltsplanung ein seit der Einführung der Doppik historisch geplanter Höchstfehlbetrag von rund 68 Mio. Euro.

Der Städtetag Rheinland-Pfalz hat bereits in einer Pressemitteilung am 20. März 2025 ein für die Landesregierung vernichtendes Fazit gezogen: „Die Sicherstellung der Daseinsvorsorge gerät in Gefahr.“

Die Verbesserungen durch das „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“ des Bundes und das Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“ sind nur Tropfen auf den heißen Stein und können die strukturellen Ursachen der kommunalen Finanzkrise nicht lösen. Dazu müssten zum einen die Erfüllung der Pflichtaufgaben abgesichert werden, und andererseits wäre ebenso ein ausreichender Gestaltungsspielraum im sogenannten freiwilligen Bereich dringend notwendig.

Einmalige Programme und Fördermittel sind kein Ersatz für Planungssicherheit und Gestaltungsfreiheit.

Wir haben dem Vorjahres-Haushalt trotz Defizit zugestimmt, um ein Zeichen zu setzen für unser kommunales Selbstbestimmungsrecht in der Hoffnung, dass die Landesregierung endlich aufwacht und zu strukturellen Verbesserungen bereit ist. Die Oberbürgermeisterin hatte über die Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer über die finanzielle Situation der Kommunen berichtet und das er sich über die Probleme bewusst ist. Leider erwiesen sich diese schönen Worte nur als heiße Luft, und ein weiterer Haushalt, der weder zukunftsfähig noch nachhaltig ist, liegt heut zur Abstimmung vor. Trotz vieler kleiner Verbesserungen in den Haushaltsberatungen müssen wir feststellen, dass die großen Aufgaben, die vor uns liegen, damit nicht zu schaffen sind. Ob Infrastruktur, Verkehrswende, bezahlbarer Wohnraum, Klimaschutz oder sozialer Zusammenhalt: dieser Haushalt wird den Anforderungen nicht gerecht. Deswegen wird meine Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen.

Trotz der genannten Probleme verlangt die ADD weiterhin größtmögliche Kraftanstrengungen zur Einhaltung des Haushaltsausgleichsgebotes, äußerste Sparsamkeit und Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, auch wenn diese mit drastischen Einschnitten in das städtische Leistungsangebot oder mit schmerzhaften finanziellen Mehrbelastungen für die städtischen Bürgerinnen und Bürger verbunden sind.

Wer diese städtischen Bürgerinnen und Bürger sind, darüber geben zwei aktuelle Berichte Auskunft: zum einen der Demografiebericht der Stadt Kaiserslautern, der im April im Rat vorgestellt wurde, zum anderen der 7. Armutsbericht der Landesregierung, der im Juli 2025 veröffentlicht wurde.

Kleiner Spoiler: die gesellschaftliche Zusammensetzung unserer Stadt spiegelt sich im Stadtrat nicht ganz wider.

Der Demografiebericht zeigt, dass Kaiserslautern eine lebendige Großstadt ist, bunt und vielfältig. Über 150 verschiedene Nationalitäten leben hier. Und er zeigt ganz eindeutig, dass Kaiserslautern auf Zuwanderung und die Aufnahme von Geflüchteten angewiesen ist, wenn wir weiterhin Großstadt und eine Stadt mit Zukunft bleiben wollen.

Leider erleben wir, dass die aktuelle Politik der Bundesregierung den Interessen unserer Stadt und der Menschen die hier leben zuwiderläuft. Durch unsere Nähe zu Frankreich sind wir auf offene Grenzen angewiesen, für die vielen Pendler und die Menschen, die hier wohnen. Offene Grenzen sind eine der größten Errungenschaften der europäischen Gemeinschaft, und das dürfen wir uns durch eine kurzsichtige Politik der Bundesregierung nicht wieder nehmen lassen.

Ebenso betrifft die Aussetzung des Familiennachzugs Menschen, die in unserer Stadt eine neue Heimat gefunden haben, aber von ihren Familien getrennt sind.

Familien gehören zusammen, und solche unmenschlichen Gesetze, die unsere Mitmenschen betreffen, unsere Nachbarn, unsere Arbeitskollegen, gehören direkt wieder abgeschafft.

Ein weiteres Beispiel für unsinnige und kontraproduktive Gesetze, die nur darauf zielen, das Leben für bestimmte Bevölkerungsgruppen zu erschweren, sind die geplanten Bürgergeldkürzungen für Ukrainer*innen: 831 Mio. Einsparungen stehen 862 Mio. Mehrausgaben gegenüber– und diese Mehrausgaben betreffen vor allem den Verwaltungsaufwand der Kommunen, was unseren Haushalt und die Mitarbeitenden in der Verwaltung zusätzlich belasten wird.

Und folgendes sagt der Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Rheinland-Pfalz über unsere Stadt:

Kaiserslautern gehört zu den 5 Städten und Kreisen mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz.

Zu den 4 Städten/Kreisen mit der höchsten Bürgergeld Quote.

Zu den Städten/Kreisen mit dem höchsten Anteil von Menschen ab 65, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind

Die Armutsgefährdungsquote ist zwischen 2017 und 2023 von 15,6 auf 17,1% gestiegen.

Kaiserslautern gehört zu den 5 Städten/Kreisen in RLP mit der höchsten Überschuldungsquote.

Und zu den 6 Kreisen/Städten mit dem höchstem Nichtwähleranteil

In 2024 lebten 2.956 Kinder in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen. Etwa 18 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Kaiserslautern unter 15 Jahren leben in Armut. Kaiserslautern ist unter den vier Städten in RLP mit der höchsten Kinderarmut.

Was dies genau bedeutet, hat die Vorsitzende des Vereins Lichtblick 2000, der sich in herausragender Weise um Kinder und Jugendliche in unserer Stadt kümmert, dem SWR in diesem Sommer in einem Interview erläutert:

Als der SWR sie fragte, welche Begegnung sie zuletzt besonders berührt hat, antwortete sie:

„Wir versuchen soziale Teilhabe zu ermöglichen und laden Kinder zu Weihnachten in ein italienisches Restaurant ein – ein absolutes Highlight und für viele auch das erste Mal in ihrem Leben. Beim letzten Mal hat ein Mädchen sich eine Pizza bestellt, daran genagt, aber sie nicht gegessen. Ich habe gefragt, ob sie ihr nicht schmeckt, doch sie hat geantwortet: Die Pizza sei köstlich, aber sie wolle den Rest für ihre Mutter mit nach Hause nehmen, weil die ja auch nichts zu essen habe.“

Dies zeigt, es geht im Haushalt und im Armutsbericht nicht um nackte Zahlen, sondern um Menschen, ihre Schicksale und ihr Leben. Und darum, dass weitere Kürzungen im Sozialbereich gravierende Auswirkungen auf die Menschen in unserer Stadt haben werden.

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einmischen. Durch die Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung und der Beteiligungsplattform KL-Mitwirkung hat der

Stadtrat hier bereits erste Schritte eingeleitet. Und wir können froh sein, in unserer Stadt so viele Menschen zu haben, die sich in Vereinen, Organisationen und sozialen Einrichtungen engagieren. Und dass wir im August den ersten CSD in Kaiserslautern feiern konnten, ein wichtiges Zeichen für Toleranz und Zusammenhalt.

Ganz besonders freut es mich, dass das Bündnis „Kaiserslautern gegen rechts“ im Juni den taz Panter Preis für zivilgesellschaftliches Engagement verliehen bekam. Die Tageszeitung taz verlieh diesen Preis unter dem Motto „Zusammen:Halt! Für ein friedliches und menschliches Miteinander“. Das Bündnis organisierte Anfang 2024 die Demo gegen rechts mit über 6.000 Teilnehmenden, und auch dieses Jahr war das Bündnis vor und nach der Bundestagswahl wieder gegen den Rechtsruck aktiv.

Leider wurden weder die über drei Millionen Menschen, die 2024 in Deutschland gegen rechts auf die Straßen gingen, noch die vielen Demos und Mahnwachen Anfang dieses Jahres von den jeweiligen Bundesregierungen unterstützt: sowohl die Ampelregierung als auch die jetzige Regierung verschärften die Regelungen zum Bürgergeld und die Asylgesetze, was zu einem weiteren Rechtsruck führt, den wir auch in unserer Stadt, nicht nur anhand der Wahlergebnisse zu spüren bekommen.

Deswegen und weil in einem Monat Heiligabend ist, hätte ich noch einen Wunsch an die Oberbürgermeisterin: Sollten im Rat von einer gesichert rechtsextremistischen Partei rassistische und volksverhetzende Aussagen gemacht werden, wie in der Sitzung am 27. Oktober zu unserer Resolution für Humanität und Menschenrechte, dann muss dies von der Sitzungsleitung unterbunden werden. In einem demokratischen Gremium darf es dafür keinen Platz geben. Nie wieder!

Meine Damen und Herren, die Fraktion Die Linke wird sich auch im kommenden Jahr für ein buntes, solidarisches, soziales und ökologisches Kaiserslautern einsetzen, in dem Armut und nicht die Armen bekämpft werden, für ein antirassistisches, antifaschistisches Kaiserslautern, eine Stadt, die sich gegen jeden Antisemitismus wendet – für diese Menschen machen wir auch im nächsten Jahr Politik. Versprochen.

Stefan Glander, 24.11.2025